Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden von 12—1 Uhr.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Donnerstag, den 14. August 1884. Nr. 377.

Die Cholera.

Unter Bezugnahme auf die von den betheiligten Bundesregierungen wegen der gesundheitspolizeilichen Kontrolle der Seeschiffe erlassenen Verordnungen macht der Reichskanzler bekannt, daß die an der Westküste Italiens von der französischen Grenze bis einschließlich Civitavecchia belegenen Hafenplätze als der Cholera verdächtig anzusehen sind.

Deutschland.

Berlin, 13. August. Noch ehe die Franzosen Kelung besetzt, hatten die Engländer bereits unter dem Vorwande, daß den Europäern Gefahr von Seiten des chinesischen Pöbels drohe, in Futschu, gegenüber von Formosa, Truppen gelandet. Kaum hatten die Franzosen Kelung eingenommen, so verstärkten die Engländer ihre in Futschu gelandete Truppenabtheilung. Beide Theile stehen sich nun, nur durch den Kanal von Fukian getrennt, Auge in Auge gegenüber. Bereits am 9. kündigten aber die Franzosen an, wenn China nicht binnen 24 Stunden nachgebe, würden sie nicht nur die Pescadores Inseln, welche mitten in der Meerenge von Fukian liegen, sondern auch die Stadt Amoy, gegenüber Formosa, einen der besten Hafenplätze China's, wegnehmen, in welchem Falle sie die Meerenge von Fukian vollständig, von beiden Seiten und von der Mitte aus, sperren könnten. Amoy liegt hart am Festlande, doch auch auf einer Insel, was die Besetzung und die Vertheidigung bedeutend erleichtert. Die Insel, auf der Amoy liegt, heißt Hia-Men; sie hat ungefähr 95 Kilometer im Umfange und 400,000 Einwohner, von denen fast 300,000 auf die Stadt selbst entfallen. Der Kanal, welcher sie vom Festlande trennt, ist an drei Kilometer breit.

Die letzten Vorgänge haben gerade nicht zur Besserung der englisch-französischen Beziehungen beigetragen. Auf französischer Seite scheint freilich der Humor vorläufig noch stachliger zu sein als auf englischer. Das Journal „Paris" z. B. schreibt:

„Man möchte sagen, daß die Engländer die Absicht haben, uns bis zum Aeußersten zu treiben. Sie unterlassen es bei keiner Gelegenheit, unsere Aktion zu hemmen und unsere Operationen zu hindern. Wir wollen nicht auf ihre Intriguen auf Madagaskar und auf die Anmaßung des Kapitäns Johnstone von der „Dryad" zurückkommen, den vom Admiral Pierre etablirten Blokus zu brechen. Allein von wem sind augenblicklich die Hovas-Banden befehligt? Von einem Offizier der regulären britischen Armee, dem Oberst Wollougbby. Am Kongo versuchte England sich der Flußmündung zu bemächtigen. In China finden wir die Engländer mitten auf unserer Straße. In Kelung protestirt der Konsul Ihrer Majestät gegen die Ausschiffung der Franzosen. In wessen Namen und woher? Worein mengt sich dieser Beamte? Und wäre es nicht nützlich, zu wissen, ob er aus eigenem Antriebe oder entsprechend den Instruktionen seiner Regierung handelt? In Futschu ist das Einmengen der Engländer in unsere Angelegenheiten noch unerträglicher. Der Admiral Dowoll läßt vor der Nase des Admirals Courbet Detachements von Marinesoldaten und Artillerie landen, auf die Gefahr hin, einen blutigen Konflikt zwischen den Truppen beider Nationen und schreckliche internationale Verwickelungen hervorzurufen. Wir wissen nicht, wie die englische Regierung eine derartige Einmengung rechtfertigen wird, wenn unser Kabinet — woran wir gar nicht zweifeln wollen, von ihr Aufklärungen verlangen wird. Vor kaum zwei Tagen zeigte sich der böse Wille der Engländer noch deutlicher. Unter dem Vorwand der Cholera sah das nach Indo-China gehende französische Transportschiff „Djemmah" die Durchfahrt durch den Suezkanal sich vom englischen Agenten Miéville verboten. England macht sich über uns lustig und sucht offenbar Streit. Man weiß in der That, mit welcher Leichtfertigkeit die Agenten Ihrer Majestät die sanitären Vorschriften beobachten, wenn es sich um ein englisches Schiff, sei dasselbe auch notorisch infizirt, handelt. Uebrigens konnten die verdächtigen Fahrzeuge immer den Kanal unter der Bedingung, nicht zu landen, passiren. Diesem kleinen und perfiden Krieg muß unbedingt ein Ende gemacht werden; die Engländer sind nicht gut gelaunt, wir begreifen das; aber das ist noch kein Grund, uns dies fühlen zu lassen. Gut Freund, so viel sie wollen, aber nicht so weit, ihre Püffe und abscheulichen Manöver stumm zu ertragen."

Die englische Presse geht in ihrer Meinung über die Kelung-Affaire weit auseinander. Ein Theil der Regierungspresse, wie z. B. „Daily News", tadelt die Chinesen. Gegen diese wendet sich plötzlich auch die „Times", nachdem sie vor Kurzem noch Frankreich vorgeworfen, daß es leichtsinnig in einen Krieg mit China hineintreibe. Jetzt findet sie es sehr begreiflich, daß Frankreich die Vermittlung der Vereinigten Staaten von Nordamerika abgelehnt habe, und tadelt China's hinterhaltige Politik. Darob wundert sich „Pall Mall Gazette" sehr, und sie vermuthet, die „Times" müsse zwei gar verschiedene Ohrenbläser haben. Sie selbst tadelt die Chinesen, weil sie Frankreich hartnäckig nur $2^1/_2$ Millionen angeboten, während dieses seine Forderung von 250 auf 80 Millionen herabgemindert habe. Auf der anderen Seite aber macht das zitirte radikale Blatt Frankreich einen Vorwurf daraus, daß es die angebotene amerikanische Vermittelung abgelehnt habe, und fragt, wie lange sich die Welt noch gefallen lassen soll, daß ihre Handelsinteressen in China durch Frankreich geschädigt werden. Sehr übel auf Frankreich zu sprechen ist die konservative Presse. „Morning Post" erklärt geradezu, Frankreich habe den Konflikt provozirt, dieserhalb habe es anfangs eine exorbitante Forderung gestellt und dieselbe dann plötzlich um zwei Drittel ermäßigt, hierdurch seien die Chinesen in ihrem Widerstande bestärkt worden.

— Mit der Genugthuung, welche der römischen Kurie für die Veröffentlichung der vielbesprochenen Aeußerungen des Herrn v. Schlözer gegeben worden, ist die „Germania" keineswegs zufrieden; das Blatt bemerkt:

Das Auffallendste dabei ist, daß wir die Depesche über die Aeußerung des „Oss. Rom." im „Staats-Anzeiger" vergeblich suchen, und daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", welche doch Platz für alles Mögliche hat, zur Vertheidigung (?!) des Gesandten ihrerseits keine Silbe sagt, obwohl die Wichtigkeit der Sache doch auch ihr nicht entgehen kann. Dieses Schweigen ist höchst charakteristisch. Mag sich also der h. Stuhl nach Lage der Dinge mit dem Dementi begnügen, den preußischen Katholiken genügt dasselbe nicht. Nachdem die Angaben des Hamburger Blattes eine solche Publizität erlangt und in der ganzen Welt berechtigtes Aufsehen erregt haben, können wir, zumal bei Aufrechterhaltung derselben trotz des im Vatikan abgegebenen Dementi, auch eine öffentliche Desavouirung der Unterredung nach Form und Inhalt fordern. Die „Nordd. Allg. Ztg." hat jetzt das Wort. Erfolgt kein Dementi, so wird das katholische Volk Deutschlands an der Wahlurne die Antwort nicht schuldig bleiben.

— Offiziös wird geschrieben: Das königliche Konsistorium zu N. in der Provinz Hannover hatte auf die Beschwerde eines Synagogenvorstehers in N. gegen die Heranziehung der dortigen Juden zur Schulsteuer für die Schulgemeinde dahin entschieden, daß auf Grund des § 45 des hannoverschen Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Juden von 1842 nur diejenigen Juden zu dieser Schulsteuer herangezogen werden könnten, welche Kinder und so lange sie Kinder in die christliche Schule schicken. Nach nochmaliger Prüfung aus Anlaß des von dem Schulvorstande gegen die Entscheidung eingelegten Rekurses hat das Konsistorium seine Entscheidung für nicht richtig bezeichnet, und der Kultusminister hat sich aus folgenden Gründen hiermit einverstanden erklärt. Nach dem gedachten Gesetze sind zwei Fälle zu unterscheiden, nämlich der Fall, daß eine besondere jüdische Schule besteht, von dem Falle, daß keine solche besteht. Im ersteren Falle haben die Juden die Kosten ihres Schulwesens allein zu tragen und sind zu Beiträgen für das christliche Schulwesen nicht verbunden, vorbehaltlich besonderer Bestimmungen des Gesetzes. Die Unterweisung der jüdischen Kinder erfolgt in diesem Falle in der jüdischen Schule, sofern einzelne jüdische Eltern es nicht vorziehen, ihre Kinder in den christlichen Ortsschulen unterrichten zu lassen, was ihnen unbenommen ist. In dem Falle dagegen, wenn keine besondere jüdische Schule besteht, tritt für die Juden in Rücksicht auf das Schulwesen eine Verbindung mit dem christlichen Schulwesen ein. Die selbstverständliche rechtliche Folge einer solchen, kraft des Gesetzes eintretenden Verbindung des jüdischen mit dem christlichen Schulwesen ist die, daß die jüdischen Einwohner gleich den Christen zu der Unterhaltung des bestehenden christlichen Schulwesens beizutragen haben. Hätte in einem solchen Falle den Juden eine privilegirte Stellung bezüglich der Schulunterhaltung eingeräumt werden sollen, so mußte dies im Gesetz ausdrücklich ausgesprochen sein, was nicht geschehen ist.

— Es ist charakteristisch, daß die Lage des deutschen Eisengeschäfts in England günstiger beurtheilt wird als bei uns. So schreibt die „Iron and Coal Trades Review":

„Das Eisengeschäft auf dem Kontinent zeigt keine Besserung, aber es verbleibt in Deutschland lebhafter als in anderen Ländern. Ferner wird behauptet, daß sich die deutschen Stahlproduzenten in guter Lage befinden. Für das Kohlengeschäft ist die stillste Saison eingetreten, da Abschlüsse jetzt nicht gemacht werden; das Geschäft zeigt aber eine durchaus gesunde Entwickelung, da die Abfuhr sich regelmäßig vollzieht und die Preise im Großen und Ganzen eine Aenderung nicht erfahren haben."

— Aus Kassel schreibt man: In Hannover wird noch im Laufe dieses Jahres ein großes Abrechnungs-Bureau errichtet werden, welches die gesammten Abrechnungen der preußischen Staats-Eisenbahn-Verwaltung aus dem Personen-, Güter- und Vieh-Verkehr zu besorgen hat. Aus diesem Anlaß werden von jeder Staatsbahn-Direktion eine größere Zahl von Eisenbahn-Bureau-Beamten nach Hannover zunächst kommittirt und später versetzt werden.

— Nachfolgende offiziöse Mittheilung des „Schwäb. Merk." ist um deswillen interessant, weil sie die Schädigung, welche der deutsche Getreidehandel durch den Getreidezoll erfahren hat, eingesteht:

„In der Stadt Friedrichshafen am Bodensee war der Handel mit in- und ausländischem Getreide nach den benachbarten Staaten, insbesondere nach der Schweiz und nach Vorarlberg, von jeher und bis in die neueste Zeit von erheblicher Bedeutung. Seit Einführung der Getreidezölle hat jedoch dieser Verkehr einen empfindlichen Rückgang erlitten, vorzugsweise deshalb, weil seitdem der Handel dort in der Lagerung, Sortirung und Mischung der verschiedenen in- und ausländischen Getreidesorten, sowie in der Verfügung hierüber je nach den herrschenden Konjunkturen wesentlich beengt ist, da die Heranziehung ausländischen Getreides, die Vermischung desselben mit inländischem Produkte und die Wiederausfuhr oder der Absatz im Inland nur über Zollniederlagen oder reine Getreidetransitlager erfolgen kann. Eine nachhaltige Abhülfe gegen weiteren Rückgang kann für Friedrichshafen nach Ansicht der würtembergischen Regierung nur durch Aufnahme des Platzes unter die Zahl derjenigen Städte, in welchem die Zulassung gemischter Privattransitlager für Getreide genehmigt ist, herbeigeführt werden. Mit der schon in nächster Zeit bevorstehenden Inbetriebsetzung der Arlbergbahn wird die Zulassung von gemischten Getreidetransitlagern in Friedrichshafen noch zu einem dringenderen Bedürfnisse, damit dieser Hafenplatz von der Antheilnahme an dem Aufschwunge, der von der Eröffnung dieser Bahn im Getreidehandel allgemein erwartet wird, nicht gänzlich ausgeschlossen werde. Die würtembergische Regierung hat daher, wie man erfährt, einen entsprechenden Antrag beim Bundesrathe eingebracht.

— Die russische Admiralität berathschlagt über den Plan einer Nordpol-Expedition, welche aus den durch die unglückliche Fahrt der „Jeannette" gewonnenen Erfahrungen Nutzen ziehen soll. Die Expedition soll von den Inseln Jeannette, Bennet und Henriette, woselbst man große Vorräthe aufzuspeichern gedenkt, abgehen. Die Reise wird von dort bis nach Franz-Josephs-Land per Dampfer fortgesetzt werden, weiter nordwärts aber auf Schlitten und zu Fuß. Die Expedition wird in drei Abtheilungen vorrücken, deren erste eine Vorhut bilden soll, indem die beiden anderen sich nicht eher in Bewegung setzen, als bis passende Lagerplätze gefunden und Depots errichtet sind. Man ist der Ansicht, daß zur Erreichung des Nordpols und Rückkehr nach Sibirien drei Jahre erforderlich sind. Die Kosten werden wahrscheinlich durch eine National-Subskription sowie durch Beiträge der Regierung und der russischen geographischen Gesellschaft aufgebracht werden.

— Die Auflösung der Oberrealschule in Brieg vermehrt abermals die Zahl derjenigen technischen Schulen in Schlesien, welche seit der Organisation der Gewerbschulen vom Jahre 1878 (nach den Vorschlägen des Dr. Wehrenpfennig) eingegangen sind. Die Provinz Schlesien, deren Industrie des Nachwuchses technisch geschulter junger Leute entschieden bedarf, hat jetzt statt der früheren 6 Gewerbeschulen nur noch zwei Oberrealschulen, deren Fortbestand auch nicht ganz gesichert erscheint. Es weist sich eben aus, daß solche Anstalten, die eine Mittelstellung zwischen richtigen Gewerbeschulen und den zu höheren Berufsarten vorbereitenden Gymnasien und Realgymnasien stehen, in der Provinz keine Lebenskraft besitzen können und daß ihr Bestand zuletzt nur in so großen Städten wie Berlin oder Breslau, allenfalls noch Köln, möglich ist. Diese Erkenntniß wird hoffentlich das Unterrichtsministerium endlich bewegen, daran zu denken, was nun an Stelle der fast ganz beseitigten Anstalten zu setzen sei, damit die Regierung nicht nach 2 oder 3 Jahren plötzlich einem sehr großen Mißstand sich gegenübersieht. Bis jetzt ist Nichts geschehen, in dieser Hinsicht etwas vorzusehen, während es nach dem Urtheile aller Fachmänner vielleicht besser wäre, auf die alten Gewerbeschulen zurückzugreifen, statt nur rathlos und müßig zuzuschauen.

— Ueber die Montagssitzung der Versailler Nationalversammlung erhält die „Nat.-Ztg." folgenden Bericht:

Paris, 11. August. Das war eine Sitzung! Von 1 Uhr Nachmittags bis $7^3/_4$ Uhr Abends mit zweimaliger kurzer Unterbrechung. Aber der Kongreß hat heute auch endlich etwas Wesentliches zu Stande gebracht, und nicht allein eine ganze Anzahl von Amendements durch Votirung der Vorfrage beseitigt, sondern auch zwei der wichtigsten Artikel des Revisions-Projektes angenommen. Die Sache ist jetzt im Gange, die Majorität ist ersichtlich entschlossen, sich nicht länger von der Minorität tyrannisiren zu lassen, und der Konseilpräsident konnte die Erwartung aussprechen, daß der Kongreß am Mittwoch, spätestens am Donnerstag seine Aufgabe gelöst haben werde. Die heutigen Abstimmungen hat Ihnen der Telegraph bereits gemeldet. Die Debatte über den Artikel 2 der Vorlage war besonders interessant und sogar zeitweise dramatisch; derselbe lautet wie folgt:

„Der Paragraph 3 des Artikels 8 der Verfassung wird in folgender Weise vervollständigt: Die republikanische Staatsform darf nicht zum Gegenstande eines Revisions-Vorschlages gemacht werden. Die Mitglieder der Familien, welche in Frankreich geherrscht haben, können nicht zu Präsidenten der Republik gewählt werden."

Diese letztere Bestimmung bezüglich der Prinzen ist bekanntlich erst während der Kommissionsberathungen durch den Konseilpräsidenten vorgeschlagen und in das Revisionsprojekt gebracht worden, nachdem schon vorher der Deputirte Andrieux einen gleichlautenden Antrag eingebracht hatte. Von den Bonapartisten hat Niemand gegen diesen Artikel gesprochen; sowohl die Anhänger des Prinzen Napoleon als die Anhänger des Prinzen Louis haben geschwiegen. Aber die Orleans sind wenigstens nicht ohne energische und beredte Protestationen Seitens ihrer Anhänger „geopfert" worden. Der Senator Bocher, der bekannte Vertrauensmann der Familie, und Bischof Freppel waren jedenfalls geeignete Wortführer für die Sache der Prinzen, die wohl noch für lange Zeit als eine verlorene anzusehen sein dürfte. Die Rede des Hrn. Bocher behandelte hauptsächlich den ersten Theil des Artikels, durch welchen die Unverletzlichkeit der Republik proklamirt wird, und suchte nachzuweisen, daß die Regierung der Republik, ohne der schlimmsten Tyrannei zu verfallen, dem Politiker und dem Schriftsteller nicht untersagen könne, die Regierungsform zu diskutiren und Vergleiche mit den Zuständen zu machen, welche ehemals die Größe Frankreichs herbeigeführt haben. Die Rede des Herrn Bocher veranlaßte den Konseilpräsidenten, zum ersten Male seit dem Beginn der Debatten das Wort zu ergreifen. Die Erklärungen des Herrn Jules Ferry lauteten bedrohlich für die Prinzen.

„Wenn die Bestimmung", sagte der Konseilpräsident, „welche die Regierung vorschlägt, in die Verfassung aufzunehmen, so unschuldig, kindisch und lächerlich wäre, wie man es behauptet hat, so würden nicht der ehrenwerthe Herr Chesnelong und der ehrenwerthe Herr Bocher energische Protestationen gegen dieselbe auf die Tribüne gebracht haben. Sie würden nicht, wie auf einem Schlachtfelde, ihre letzte Patrone verschossen haben, wenn sie nicht fühlten daß hier etwas Entscheidendes vorgeht, und daß sie hier einen letzten Kampf ausfechten. Wir verlangen nicht von dieser Versammlung, daß sie die Ewigkeit der Republik dekretire, wir verlangen von ihr, es feierlich auszusprechen, daß die Republik lebt, daß sie existirt und daß sie das Recht hat, sich zu vertheidigen."

Herr Freppel, der streitbare Bischof von Angers, verfuhr weniger diplomatisch wie der Geschäftsmann Bocher, er führte die Prinzen persönlich in den Kampf, und seine Rede wird sicherlich als „Beweisstück" dienen, wenn demnächst die jetzt unausbleiblichen „Maßregeln" gegen die Prinzen dekretirt werden. Als

Herr Freppel die Prinzen Orleans als die nothwendigen Retter Frankreichs und in Folge eines Zurufes den Grafen von Paris als den Chef der einzigen „maison de France' bezeichnete, rief ihm Herr Floquet die Drohworte zu: „Sie haben damit seine Verurtheilung ausgesprochen und wir werden dieselbe ausführen" (nous l'exécuterons), was kurz darauf Herr Paul de Cassagnac mit dem Zurufe ergänzte „Coupez-leur le cou alors". Herr Floquet wollte dem Bischof Freppel antworten, aber die Majorität ließ es nicht zu und votirte den Schluß der Debatte. Es wurde über die beiden Paragraphen des Artikels zuerst einzeln abgestimmt. Der erstere wurde mit 602 gegen 165, der letztere mit 597 gegen 153 Stimmen angenommen und darauf der gesammte Artikel mit 592 gegen 148 Stimmen acceptirt. Vorher war das von der Kommission und der Regierung abgelehnte Amendement des Herrn Jules Roche, wodurch den Prinzen jede Wahlfähigkeit abgesprochen wird, von dem Antragsteller zurückgezogen, von Herrn Camille Pelletan wieder aufgenommen und sodann von der Versammlung verworfen worden. Als Herr Jules Roche erklärte, er ziehe sein Amendement auf Wunsch der Regierung zurück, rief ihm Herr Andrieux zu: „Vous etes un compères", worauf Herr Roche schlagfertig erwiderte: „Et vous une commère" (ein altes Waschweib), was natürlich allgemeine Heiterkeit erregte. Der Expolizeipräfekt und Erzbotschafter, dessen Auftreten immer eigenthümlicher wird, gerieth derart in große Wuth und wie der Bösewicht in einem Melodrama drohte er Herrn Roche mit der Faust, schrie dabei: „Cet homme m'appartient", und verließ seine Bank, um sofort „Zeugen zu bestimmen". Was weiter daraus geworden ist, werden wir morgen erfahren.

Der Verlauf der heutigen Sitzung hat alle meine Voraussetzungen bestätigt, auch die Vermuthung, daß diese Prinzenfrage dazu dienen würde, die Minorität zu spalten, ist eingetroffen. Die Opposition setzt nun noch ihre letzte Hoffnung auf den Artikel über das Senatswahlgesetz; sie glaubt, daß das Amendement bezüglich der Wahl der Senatoren durch das allgemeine Stimmrecht die nöthige Majorität erlangen werde. Es wird sich das wiederum als eine Illusion erweisen.

Weiter telegraphirt man des Ferneren:

Paris, 13. August. Der Kongreß hält heute seine letzte Sitzung, welche deshalb bereits Mittags beginnt. Morgen findet in der Kammer die Debatte über die Kreditforderung für Tonkin und die angekündigten Erklärungen Ferry's betreffend den Konflikt mit China statt. Der Minister soll eine Resolution befürworten wollen, in welcher der energische Wille Frankreichs ausgedrückt würde, von China legitime Satisfaktionen zu erlangen.

Ausland.

Bern, 9. August. Der internationale Kongreß zur Einführung von Völker-Schiedsgerichten ist gestern, ohne seine Tageordnung abgewickelt zu haben, auseinandergegangen, weil die deutschen Theilnehmer gedroht hatten, sofort auszutreten, sobald die Franzosen beantragen würden, auch die Neutralisirung der deutschen Reichslande Elsaß und Lothringen in Berathung zu ziehen.

Der vorgestern über die Einführung internationaler Schiedsgerichte zur Verhütung der Kriege gefaßte Beschluß lautet:

In Erwägung: 1) Daß die in Europa gegenwärtig bestehenden ungeheuren Bewaffnungen für die Nationen eine drückende Last und eine große Bedrohung des europäischen Friedens sind; 2) daß es diesen Bewaffnungen nicht gelungen ist, den Frieden zwischen den Nationen zu sichern, sondern daß sie sogar an sich selbst eine Kriegsdrohung zwischen den Nationen bilden; 3) daß es in den Ländern, in denen Dank den Fortschritten der Zivilisation Gerichte bestehen, um die Streitigkeiten zwischen den Einzelpersonen beizulegen, diesen Personen nicht erlaubt ist, von der Gewalt und Kraft zur Vertheidigung ihrer Rechte Gebrauch zu machen; 4) daß die Nationen thatsächlich Gesellschaften von Einzelpersonen und daß das in den nationalen Gemeinden aufgestellte praktische Prinzip auch auf die Gesellschaft der Nationen praktisch anwendbar sein muß — ist der Kongreß der Ansicht, daß behufs Herbeiführung der gegenseitigen Entwaffnung in Europa und in der zivilisirten Welt, welche die humane Politik dringend verlangt, es nicht nur für die Großmächte (Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Oesterreich, Rußland und Italien), sondern auch für die kleinen Staaten eine dringende Pflicht sei, sich mittels eines Kongresses oder einer Kommission über die Bildung eines internationalen Schiedsgerichtssystems und die Errichtung eines permanenten Tribunals zu verständigen.

Paris, 10. August. Während heute in La Chatre das Standbild der George Sand im Beisein ihrer Familie, zahlreicher Freunde und Bewunderer enthüllt wird, veröffentlicht Calmann Levy den 6. Band ihres Briefwechsels (1870—1876). Wie in den beiden letzten, so findet man auch in diesem Bande mehrere Briefe, die an ihren „Gevatter", den Prinzen Napoleon (Jerome) gerichtet sind und mehr von dem hohen Idealismus der Verfasserin, als von ihrem richtigen Urtheil über den Empfänger zeigen. Darum lesen sie sich aber nicht mit geringerem Interesse, wie folgende Auszüge beweisen mögen:

„Trotz Ihrer Augenblicke der Aktion, Ihrer Hoffnungen, Ihres edlen Wollens", schreibt George Sand am 25. November 1870 aus Nahant an den in Pragius weilenden Prinzen, „trotz Ihrer beredten Worte für die sittliche Freiheit, für Alles, was groß und wahr ist . . . haben Sie zwanzig Jahre lang gelitten und ich betrachte Sie heute als erlöst. Mir ist zu Muthe, als fände ich Sie so wieder, wie ich Sie vor zwanzig Jahren gekannt habe, entrüstet gegen die Proskriptionen und das künftige Unglück ahnend. Eine Zeit der Ruhe wird kommen, da man Ihren Worten lauschen wird. Vor dem Richterstuhl der Geschichte werden keine Fesseln Sie mehr binden, und wenn Sie auch nur ein schlichter Bürgersmann wären, so wird Ihre Rolle eine klarere und erhabenere sein. Darum halte ich die Aenderungen in der äußeren Lage, welche den Sturz von Kaiserreichen nach sich zieht, nicht als ein Unglück für Sie. Wenn Ihre Dynastie sich hätte festbegründen können, so hätte ich Sie an Stelle Dessen sehen mögen, der uns durch zahlreiche Widersprüche und Schwankungen zu einem schrecklichen Krache führte. Die Republik, die ich nicht mehr erhoffte, hält sich für stark genug, Alles wieder gut zu machen. Gott schütze sie! Sie ist mein Prinzip und mein Glaube. . . . Die napoleonische Dynastie hat heute alle Aussichten verloren. Desto besser für Sie, mein großer Freund! Wahrscheinlich verfolgt man Sie mit Haß, Ungerechtigkeit, Verleumdung. Aber was thut das heute? Auch wird man Ihnen vielleicht noch lange als einem Prätendenten mißtrauen. Aber was liegt daran, wenn Sie es nicht sind? Die Wahrheit siegt immer und Ihre uneigennützige Haltung wird Ihnen den Platz anweisen, der Ihnen in den Annalen dieser schweren Zeit gebührt."

1. Dezember 1870.

„Ich überlese mit Aufmerksamkeit Ihren Brief. Wir sind über die Thatsache einig; nur habe ich vielleicht nicht die nöthige Beachtung den Reden Gambetta's im Juli und der Haltung der Linken angesichts des Krieges geschenkt. . . . Wir müßten einer Republik würdig sein, wir müssen es werden. Wir machen eine harte Schule durch, um uns die leichten Sitten des Kaiserreichs abzugewöhnen, und wenn das sich noch verschlimmern oder in die Länge ziehen sollte, so würden Sie in uns vielleicht ganz andere Franzosen finden, als wir bisher waren. Das Unglück wird uns sicherlich stählen. Wir werden weniger frivol, weniger skeptisch, weniger liebenswürdig und wahrscheinlich weniger egoistisch sein; ob aber auch besser aufgeklärt über unsere republikanischen Rechte und Pflichten, das ist freilich eine andere Frage. So lange wir in unseren Krisen von einem uns durch den Zufall geschickten Individuum, sei er Kaiser oder Advokat, uns führen lassen, wird immer der Kultus oder der Haß des Individuums über die öffentliche Meinung entscheiden. Anderseits sind die Versammlungen langsam und geschwätzig, mit dem Senf beschäftigt, während der Braten brennt. Wie sehne ich mich nach einer regelmäßigen Regierung! . . . Vielleicht haben Sie aber Recht, wenn Sie sagen, daß dieser Versuch mißlingen und man bald die Orleans herbeirufen wird. Dann würden wir uns zwanzig Jahre lang in dem alten Kreise herumdrehen."

Zu den schönsten Briefen dieser Sammlung gehören die an Gustave Flaubert gerichteten, in welchen George Sand ihren jüngeren Freund zu ermuthigen und von seinem sowohl allgemein menschlichen, als literarischen und künstlerischen Pessimismus zu heilen sucht. Von sich selbst sagt sie (Dezember 1872) mit rührender Bescheidenheit:

„Du bist mit meinen zwei Romanen zufrieden. Das ist mir eine Belohnung. Ich glaube, daß sie recht sind und das Schweigen, das über meinem Leben waltet (ich habe es selbst gesucht), spricht zu mir mit einer freundlichen Stimme, die mir genügt. Ich habe meinem Ehrgeiz nicht so hohe Ziele gesteckt, wie Du. Du willst für spätere Zeiten schreiben. Was mich betrifft, so glaube ich, daß ich in fünfzig Jahren vollständig vergessen und vielleicht hart verkannt sein werde. Dies ist das Loos der Dinge, die nicht auf der höchsten Stufe stehen, und ich habe ja nie geglaubt, daß ich sie erreicht habe. Mein Streben war vielmehr, auf meine Zeitgenossen zu wirken, wenn es auch nur ihrer wenige gewesen wären, und ihnen mein Ideal eines süßen, poetischen Daseins mitzutheilen. Dieses Ziel habe ich bis zu einem gewissen Punkte erreicht und ich empfinde es als eine Belohnung, daß ich mich ihm immer mehr nähere."

Petersburg, 10. August. Die Zusammenziehung des Evolutions-Geschwaders auf der Rhede von Tovesund hat schon mehrere Unfälle im Gefolge gehabt. Zwei Torpedoboote hatten einen Zusammenstoß, welcher das eine schwer beschädigte. Am 13. v. M. fiel bei der Einfahrt des Geschwaders aus einem der Schiffe ein Matrose ins Meer; der Kapitän gab das entsprechende Signal und ließ halten. Auf dem Admiralschiff hatte man das Signal nicht bemerkt und gab dem Schiffe das Zeichen zum Avanciren. Da ließ der Kapitän den Matrosen einfach im Stich und fuhr weiter. Der Kapitän erhielt deshalb einen ernsten Verweis mit dem Beifügen, es könne dem Admiral nicht einfallen, ein Schiff zur Weiterfahrt zu kommandiren, wenn es im Begriffe sei, einen Mann der Besatzung aufzufischen.

Rom, 9. August. Unter dem Titel: „Die Schweizergrenze und das Zollkartell" bringt die „Opinione" einen Artikel, der dem schweizerischen Schmuggel schonungslos den Krieg erklärt. In der Einleitung heißt es:

„Wir wohnen einem Plebiszit der italienischen Presse gegen den schweizerischen Schmuggel bei, worüber wir trotz einiger Uebertreibungen nur erfreut sein können. Es bedurfte des Sanitäts-Kordons, um die von uns so häufig denunzirte Ausbreitung des Uebels bloßzulegen. Die Wunde des Schmuggels ist in ihrer erschreckenden Nacktheit zum Vorschein gekommen. Man ist zur Erkenntniß gelangt, daß im Kanton Tessin ein faullenzender Theil der Bürgerschaft von dem gegen Italien organisirten Schmuggel lebt; ihr fallen die fetten Gewinnste zu, um welche man den italienischen Staat betrügt; den unglücklichen schweizerischen und italienischen Schmugglern aber, welche beide Hochverrath treiben, wirft man nur die übrig gebliebenen Brosamen hin von dem unsauberen Bankett. Hart an der Grenze giebt es Cigarren-Fabriken, welche bedeutende Dividenden abwerfen. Den italienischen Finanzen wird in jeder Weise und Form ungestraft nachgestellt. Um sich einigermaßen vor den Schlichen der Schmuggler zu sichern, ist Italien genöthigt, die Zollzone auf einen großen Theil der Provinz Como auszudehnen. Die Comasken erheben dagegen laute Klagen, aber die Finanzbehörden müssen ihre Rechte vertheidigen. Mehr als eine Zeitung hat uns der Uebertreibung beschuldigt, als wir verlangten, man solle ohne Zollkartell keinen neuen Handelsvertrag mit der Schweiz abschließen; aber wer die Dinge von Weitem voraussieht, ist gewöhnlich solchen Beschuldigungen ausgesetzt. Heute hat das Unglück der Cholerageſahr bewiesen, daß wir durchaus nicht übertrieben. Wir begreifen jedes Mitgefühl, jedes billige Zugeständniß, sowie alle Vorkehrungen, welche die Klugheit und die Staatskunst gebieten; aber in dem vorliegenden Falle erscheint uns die unbarmherzigste Härte und Unbeugsamkeit eine absolute Pflicht. Das schlecht erworbene Geld der schweizerischen und italienischen Schmuggler ist das Verbrechen in Permanenz gegen den italienischen Staatsschatz und gegen die National-Industrie."

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 14. August. Der § 679 der deutschen Zivilprozeßordnung macht dem Gerichtsvollzieher zur Pflicht, wenn bei einer Vollstreckungshandlung Widerstand geleistet wird, zwei großjährige Männer oder einen Gemeinde- oder Polizeibeamten als Zeugen zuzuziehen. In Bezug auf diese Bestimmung hat das Reichsgericht, 2. Straffenat, durch Urtheil vom 9. Mai d. J. ausgesprochen, daß ein Gerichtsvollzieher, welcher bei der Inangriffnahme einer Zwangsvollstreckung unter den obwaltenden Umständen annehmen mußte, daß ihm Widerstand entgegengesetzt werden werde, verpflichtet ist, Zeugen zur Zwangsvollstreckung heranzuziehen. Unterläßt er dies, so ist der ihm bei der Zwangsvollstreckung entgegengesetzte Widerstand nicht strafbar.

— In der am Sonntag, den 10. d. Mts., im Restaurant „Zum Gutenberg" stattgehabten Versammlung des Stettin-Bredower Ortsvereins der Tischler wurde unter Anderem mitgetheilt, daß in Folge der im „Reichsgarten" abgehaltenen öffentlichen Tischlerversammlung die Zahl der Mitglieder erfreulicherweise sich bedeutend vermehrt habe und noch fortwährend Aufnahmegesuche an den Vorstand gerichtet würden. Dem Generalraths Protokoll vom 24. Juli, welches in der Versammlung vorgetragen wurde, entnehmen wir, daß sechs Mitglieder, welche durch außerordentliche Nothfälle (Krankheiten in der Familie, geringer Verdienst u. s. w.) hülfsbedürftig geworden sind, Unterstützungen im Betrage von ca. 170 Mark gewährt sind; zwei anderen wurden die Kosten eines Umzuges von Königsberg nach Berlin, bezw. von Königsberg nach Köln a. Rh. bewilligt. Alle diese Leistungen werden, wie auch der unentgeltliche Rechtsschutz bei Prozessen, die Unterstützung bei Maßregelungen von Mitgliedern im Arbeitsverhältniß u. s. w., aus dem wöchentlichen Beitrag von 10 Pfennigen bestritten. Die Krankenkasse gewährt Unterstützung auf die Dauer von 26 Wochen. Aufnahmemeldungen werden, worauf wir wiederholt aufmerksam machen, von den Herren A. Gehlhoff, Deutschestraße 59, und L. Reimer, Bredow, Vulkanstraße 7c, entgegengenommen.

— (Elysium-Theater.) „Der Hüttenbesitzer", in welchem Herr Berthold Sprotte einen glänzenden Erfolg errungen, wird heute wiederholt und geht außerdem morgen, zum Benefiz für Fräulein Auguste Meffert, nochmals in Szene. — Fräulein Meffert, die schon durch ihre kindliche Erscheinung äußerst sympathisch wirkt, erfreut sich durch ihren Fleiß und ihr Talent mit Recht großer Beliebtheit und dürfte ihre Susanne wohl schwerlich an irgend einem Theater eine geeignetere Vertreterin finden.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Elysiumtheater: „Der Hüttenbesitzer." Schauspiel in 4 Akten. Bellevuetheater: „Nanon." Komische Operette in 3 Akten.

Vermischte Nachrichten.

— Ueber die Ausdehnung der Turnerei in Deutschland macht die „D. Turnztg." folgende Angaben: Am 1. Januar 1884 bestanden im deutschen Reich und Deutsch-Oesterreich 2998 Turnvereine, von denen 2655 den großen Bund der deutschen Turnerschaft bilden. Diese letztere umfaßt eine Mitgliederzahl von 243,677 Mitgliedern, die sich auf 2275 Vereinsorte vertheilen. Diese große Masse von Vereinen und Turnern ist in folgender Weise organisirt. Nach geographischen Grundsätzen ist Deutschland und Deutsch-Oesterreich in 17 Kreise getheilt. Jeder dieser Kreise zerfällt wieder in eine Anzahl von Gauen, deren Verwaltung nach einheitlichen Gesichtspunkten geregelt ist.

Memmingen, 9. August. In dem hier verhandelten Bierpantscher-Prozeß lautet das Urtheil: 26 Angeklagte werden zu 20 Tagen bis 3 Monaten Gefängniß und 200 bis 1000 M. Geldstrafe oder für je 10 M. 1 Tag Gefängniß, 2 Angeklagte zu je 180 M. Geldstrafe oder Haft, 2 Angeklagte zu 100 bis 200 Mark Geldstrafe oder Gefängniß, 1 Angeklagter zu 5 Monaten Gefängniß, 2 Angeklagte zu 10 Tagen bis 8 Monaten Gefängniß und 750 Mk. Geldstrafe, sowie zu den Kosten verurtheilt. Die Surrogate werden eingezogen.

— Zu dem dritten deutschen Gabelsberger Stenographentag, welcher, wie bereits gemeldet, vom 16. bis 18. d. M. in Berlin abgehalten wird, entsendet Dänemark in der Person des Direktors im stenographischen Bureau der Landesvertretung, Herrn Dessau, einen der noch wenigen lebenden Schüler des System Erfinders. Aus Finnland kommt Frhr. v. Palmén (Helsingfors), Bulgarien delegirt den Prof. Bezenseck, welcher im Auftrage der bulgarischen Regierung dort ein stenographisches Bureau konstituirte. Prof. Markowicz wird Ungarn vertreten, während Deutsch Oesterreich in erster Linie außer dem früher angeführten k. k. Oberlieutenant Leiner die in der stenographischen Welt bekannten Herren Noski und Zwierzina schickt. Aus Prag, dem derzeitigen Bundes-Vorort, kommt der Vorsitzende des dortigen deutschen Vereins, Prof. Tupetz. Aus der Schweiz sind bis jetzt Major Kaspar Suter und Kaufmann Socin angemeldet. Die von Italien bereits angekündigt gewesenen Repräsentanten haben mitgetheilt, daß die durch die Cholera-Absperrung erschwerten Reiseverhältnisse sie am Besuche des Stenographentages behindern dürften. Auch Griechenland und Rumänien werden auf dem Kongresse vertreten sein. Das Bureau des Kongresses wird vom 15. d. M., Nachmittags 3 Uhr ab, im Architektenhause etablirt sein. Vorher ertheilt jede Auskunft der Ministerialsekretär E. Uhl, Bülowstraße 8.

— Während des Schützenfestes in Lauban in Schlesien schlug ein Blitzstrahl in das Schützenhaus, wo Hunderte sich vor dem drohenden Regen zusammengedrängt hatten, betäubte vier Personen, fuhr dann aus der Ladestube am Klingeldraht entlang, nach der Bude des Zielers, betäubte ihn und seine Tochter und entlud den daneben stehenden Königsböller.

— Eine interessante Handschrift Grillparzers veröffentlicht die letzte Nummer der „Mittheilungen für Autographensammler" im Facsimile. Es ist ein Liebesgedicht, welches nach der Mittheilung des Herausgebers aus der Zeit stammt, da des Poeten Leidenschaft für Katharina Fröhlich den Höhepunkt erreicht hatte. Das Gedicht endet mit den Versen an die Geliebte:

O Du erbleichest mir nicht!
Dich röthet die heimliche Stunde,
Mein jungfräuliches Weib,
Führ' ich zur Hütte Dich ein!

Hinterher hat aber der Poet, wie die Rückseite des Blattes beweist, ausgerechnet, wie viel zur Ausstattung der „Hütte" gehört, und er verzichtete darauf, die Pointe seines Gedichtes in die Praxis zu übersetzen. Auf der zweiten Seite des interessanten Blättchens nämlich hat der Dichter den Bedarf einer zukünftigen Wohnung notirt. Er beginnt: 2 Wäschkästen, 2 Hängkästen, 2 Betten größerer Gattung, 1 Trümeaukastel, 1 Tischel, 1 Schlafsessel, 2 Speiskastel in der Küche u. s. w., ja sogar 3 Spucknäpfe hat er nicht vergessen. Bekanntlich mußte der Poet dem kühl berechnenden Hausherrn weichen — Grillparzer ist unvermählt gestorben.

— (Zartfühlender Gläubiger.) Esaias Tegner, der Sänger der „Frithjofssage", war als Mensch eine der zartfühlendsten und rücksichtsvollsten Naturen. Als junger Student ging er einmal mit einem Kommilitonen in den Anlagen der Universität Lund spazieren. Plötzlich faßte er seinen Freund heftig am Arm und zog ihn unter allen Zeichen der Verlegenheit in einen Seitenweg. „Was giebt es denn?" fragte Letzterer verwundert. — „Sahst Du nicht den Doktor G. kommen?" — „Nun ja, aber was für einen Grund hast Du, ihm auszuweichen? Bist Du ihm etwa Geld schuldig?" — „Wo denkst Du hin! Im Gegentheil, ich habe ihm eine kleine Summe vorgeschossen, die er mir noch nicht zurückerstatten konnte, und da dachte ich, mein Anblick könnte ihm vielleicht peinlich sein."

— (Die Wette.) Jörg: „So, so, Blasi, Du hascht g'heirath'! Des hätt i jetzt au net von Dir denkt!" — Blasi: „Ha weischt, Jörg, des ischt eigentlich nur a Spaß. I hab' nämlich mit em Franzl um 10 Moß Bier g'wett't, wer die größt Dummheit zamebringt. Jetzt hab' i halt a Weib g'nomme; des macht mer der Franzl g'wiß net nach, und dia zehn Moß han i nu g'wonne."

Telegraphische Depeschen.

Wien, 13. August. Wie das „Fremdenblatt" meldet, wird Graf Kalnoky demnächst dem Fürsten Bismarck in Varzin einen Besuch abstatten.

Kopenhagen, 13. August. Der Großherzog und die Großherzogin von Baden trafen gestern Nachmittag, von Helsingborg kommend, auf dem königlichen Schiffe „Danebrog" hier ein und wurden von dem Könige und dem Kronprinzen empfangen. Das Diner nehmen dieselben heute bei dem Könige ein. Die Weiterreise über Korsör nach Kiel findet Abends statt.

Petersburg, 12. August. Heute früh nahm der Kaiser die Parade über die im Lager von Kraßnoje-Selo vereinigten Truppen ab. Letztere waren zu derselben plötzlich alarmirt worden. Mittags fand in dem kaiserlichen Zelte ein Dejeuner statt, an welchem die kaiserliche Familie, die zu den Manövern kommandirten ausländischen Offiziere, sowie der deutsche Botschafter, General v. Schweinitz, theilnahmen.

Jekaterinosslaw, 12. August. In der Nacht vom 10. bis 11. d. M. sind in Alexandrowsk, an der Loßwoje-Sibastopoler Bahn, mehrere Bahngebäude und Werkstätten abgebrannt.

London, 12. August. General Earle hat seinen Urlaub abgekürzt und wird morgen London verlassen, um nach Egypten zurückzukehren.

Nachrichten aus Assuan zufolge sind dort heute Befehle eingegangen, in Wadi-Halfa ein Lager für ein englisches Regiment vorzubereiten. Nach Wadi-Halfa wird für 700 Pferde Fourage gesandt.

London, 13. August. Ein Telegramm des „Reuter'schen Bureaus" aus Shanghai von heute bestätigt, daß der Tsungli-Yamen gegen das ohne vorgängige Kriegserklärung erfolgte Bombardement von Kelung bei den Mächten Protest erhoben habe und fügt hinzu, der Tsungli Yamen habe den Entschluß ausgesprochen, den Forderungen Frankreichs Widerstand zu leisten.

Vizekönig Lihung Tschang sei wegen Verkaufs chinesischer Handelsschiffe an ein amerikanisches Haus unter Anklage gestellt worden.